

Heike Köckler, Claudia Hornberg,
Andrea Rüdiger, Odile Mekel (Hrsg.)

StadtGesundheit im Ruhrgebiet I

Bestandsaufnahmen und Perspektiven

Edition Nachhaltige Gesundheit in Stadt und Region / Band 7



Editionsvorwort

Das internationale Arbeitsfeld Urban/Regional/Rural Health knüpft an den gemeinsamen Ursprung von Öffentlicher Gesundheit sowie Stadt- und Regionalentwicklung an und verbindet sich mit den aktuellen Themen sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit.

Die Buchreihe entwickelt diese Denk- und Handlungsansätze als Nachhaltige StadtGesundheit und RegionalGesundheit, um eine gesunde und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung zu fördern.

Die Edition ist offen für Vorschläge thematisch passender und fachlich hochwertiger Publikationen. Hier ist Raum für konzeptionelle Grundlagen, integrative Fallstudien, Forschungsergebnisse (auch als Qualifikationsarbeiten) und Lehrtexte.

Mehrere bisherige Bände beruhen auf dem Forschungsprogramm »Stadt der Zukunft – Gesunde, nachhaltige Metropolen«, welches ebenso wie diese Buchreihe von der Fritz und Hildegard Berg-Stiftung im Stifterverband unterstützt wird. Die Reihe wird herausgegeben von Rainer Fehr (Hamburg) und Claudia Hornberg (Bielefeld) mit wissenschaftlicher Unterstützung durch Jörg Knieling (Hamburg) und Stefan Zerbe (Bolzano-Bozen).

Zur Edition im oekom verlag:
www.oekom.de/buecher/buchreihen/c-186

Zum Projekt »Stadtentwicklung und Gesundheit – Disziplinärer und sektoraler Brückenbau« der Universität Bielefeld:
www.stadt-und-gesundheit.de

Editorial preamble

Urban/Regional/Rural Health ties in with the joint origin of Public Health and urban/regional development while integrating current discussions on social justice and ecologic sustainability.

In the book series, these conceptual and practical approaches evolve into Sustainable Urban and Regional Health, in order to foster the healthy and sustainable development of cities and regions.

The series is open for any suggestions of pertinent high-grade publications; it accommodates a range of different contributions including basic concepts, integrative case studies, empirical results (incl. qualification papers) as well as educational texts.

Several existing volumes originated from the research program »City of the future – Healthy, sustainable metropolises«. The program as well as this series are supported by the Fritz und Hildegard Berg-Stiftung, Stifterverband.

Academic editors: Rainer Fehr (Hamburg) and Claudia Hornberg (Bielefeld), assisted by the Editorial Advisory Board members Jörg Knieling (Hamburg) and Stefan Zerbe (Bolzano-Bozen).

On the book series (oekom verlag):
www.oekom.de/buecher/buchreihen/c-186

On the project »Urban development and health – Building bridges between disciplines and sectors«, Universität Bielefeld:
www.urban-health.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
StadtGesundheit im Ruhrgebiet: Ein Gemeinschaftswerk Heike Köckler, Claudia Hornberg, Andrea Rüdiger, Odile Mekel, Lisa Masciangelo, Aline Krumreihn	11
KAPITEL 1	
Historie von StadtGesundheit im Ruhrgebiet	13
1.1 Umweltgerechtigkeit im Ruhrgebiet. Frühe Studien zu Umweltbelastungen, Gesundheitsgefahren, sozialräumlichen Verteilungsungleichheiten und politischen Konsequenzen Jan Jarre, Knut Rauchfuss	15
1.2 Die Gartenstadt im Ruhrgebiet: Der baukulturelle gesundheitliche Beitrag der Essener Margarethenhöhe Heike Oevermann	26
1.3 Wandel geht: Die Weiterentwicklung des UNESCO-Welterbes Zollverein im Kontext der Gesundheit und des Wohlbefindens Hans-Peter Noll, Helena Lischka	35
1.4 Der Emscherumbau als Urban-Public-Health-Projekt: Wie ein Wasserverband die Gesundheit aller erhalten und fördern kann Susanne Moebus, Ulrich Paetzel, Alexander Knickmeier	43
KAPITEL 2	
Die gesundheitliche Situation im Ruhrgebiet aus Perspektive von StadtGesundheit	49
2.1 Länger leben im Ruhrgebiet Brigitte Borrmann, Christiane Lübke	51
2.2 Pandemie der Ungleichheit – Krankheit und Präventionsmaßnahmen in benachteiligten Stadträumen in Dortmund während der Coronakrise Simon Liebig, Mariam Manz, Jörg Plöger	60
2.3 Krebsneuerkrankungen im Ruhrgebiet und im übrigen Nordrhein-Westfalen, 2008–2019 Andreas Stang, Madeleine Karpinski, Kevin Claaßen, Johannes Hüsing, Hiltraud Kajüter, Lennart Möller	68
2.4 Humangenetische Diagnostik und Beratung – drohende Versorgungslücke trotz vieler neuer Aufgabenfelder Klaus Zerres	74
2.5 Gesundheitliche Versorgung rund um die Geburt im Ruhrgebiet – Exemplarstadt Essen Franziska Dresen, Judith Schümann, Ute Lange	82

2.6	Inklusives Lernen mit Schüler:innen mit körperlicher Beeinträchtigung: Das Projekt EXTRA-Klasse! in Gelsenkirchen	
	Marcel Feichtinger, Christian Walter-Klose	92
2.7	Gesundheitsversorgung von Migrant:innen abseits des Regelsystems der Krankenversicherung	
	Knut Rauchfuss, Helen Schwenken	99
2.8	Altern im Strukturwandel: Zur gesundheitlichen Lage der Älteren im Ruhrgebiet	
	Alina Schmitz, Thorben Frie, Ferzaneh Fakdani	105
2.9	Pflegebedürftigkeit und Inanspruchnahme von Pflegeleistungen im Ruhrgebiet	
	Anne Roll	113
2.10	Ältere Menschen mit Migrationshintergrund und die Pflegesituation in Deutschland, Nordrhein-Westfalen und im Ruhrgebiet	
	Anne Roll, Vazira Djumaeva	126
2.11	Von der Gesundheitsberichterstattung zur strategischen Gesundheitsplanung – Daten für Taten in Herne	
	Marie Meinhardt, Malina Schäfer-König, Raphael Sieber	137
 KAPITEL 3		
	Gestaltung und Steuerung für StadtGesundheit im Ruhrgebiet	147
3.1	Bochum, Ruhr und die fortwährenden Planungen für eine gesunde Stadt	
	Sabine Baumgart, Eckart Kröck	150
3.2	Krankenkassen – StadtGesundheit in gemeinsamer Verantwortung gestalten	
	Ute Erdenberger	163
3.3	Kommunale Gesundheitsförderung und Prävention – ein Blick aus dem Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)	
	Anna Reeske-Behrens, Stephanie Funk	170
3.4	Gesundheitsförderungskultur in Bildungseinrichtungen als Erfolgsfaktor der StadtGesundheit	
	Eike Quilling, Janna Leimann, Patricia Tollmann	180
3.5	Soziale Verantwortung als Zukunftshoffnung: Nachhaltige Gesundheitsförderung bei Langzeitarbeitslosen als Ressource gegen Arbeitskräftemangel	
	Dominik Schad, Michaela Evans-Borchers, Josef Hilbert	189
3.6	Wohlfahrtsverbände als sozialraumbezogene Akteure der Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung	
	Victoria Wildförster, Bettina Schmidt	199
3.7	Die Digital Health Factory Ruhr – Digitalisierung als Baustein für eine zielgruppenorientierte Verbesserung der Gesundheit diverser Communitys in der Metropole Ruhr	
	Alina Napetschnig, Janina Kleist, Heike Köckler, Wolfgang Deiters, Corinna Schaffert, Berit Schoppen, Anja Burmann, Sven Meister	208
3.8	Lärmaktionsplanung als ein Beitrag zu StadtGesundheit am Beispiel der Stadt Dortmund	
	Bryce T. Lawrence, Andreas Frücht, Heike Köckler	219

3.9 Ohne Risiken, aber mit Nebenwirkungen: Blau-grüne Maßnahmen für mehr Klimaresilienz im Ruhrgebiet!	
Carolin Borgmann, Aline Krumreihn, Andreas Giga	233
3.10 Steuerung gesundheitsrelevanter Stadtklimafolgen im Ruhrgebiet am Beispiel Hitze	
Lea-Christine Antoine, Selina Brünker, Thomas Claßen, Thea E. M. Jankowski, Isabelle Liebchen, Odile C. L. Mekel, Katharina Müller, Andrea Rüdiger, Raphael Sieber	246
3.11 Der Wissenschafts-Praxis-Transfer im Ruhrgebiet: Wie gelangen diversitäts- und geschlechtersensible Gesundheitsinformationen in die Praxis?	
Rebecca Lätzsch, Ivonne Wattenberg-Karapinar, Claudia Hornberg	256
3.12 Das Forum StadtGesundheit Ruhr: Ein transdisziplinärer Prozess zu StadtGesundheit im Ruhrgebiet	
Aline Krumreihn, Andrea Rüdiger, Heike Köckler	268
KAPITEL 4	
StadtGesundheit im Ruhrgebiet: Ein Zwischenfazit	
Heike Köckler, Claudia Hornberg, Andrea Rüdiger, Odile Mekel, Lisa Masciangelo, Aline Krumreihn	279
Biografische Angaben der Autor:innen	285
Abbildungsverzeichnis	299
Tabellenverzeichnis	302
Textboxenverzeichnis	302

Vorwort

Am Anfang des Buches standen zwei zentrale Fragen: Wie können wir die vielfältigen Aktivitäten im Kontext von StadtGesundheit im Ruhrgebiet aufgreifen und langjährige Netzwerkverbindungen bündeln und in einem gemeinsamen Werk für alle zugänglich machen? Wird es nicht an Komplexität und Diversität der jeweiligen Ansätze scheitern? Schließlich besannen wir uns auf die Stärken unserer Netzwerke im Themenfeld StadtGesundheit: Transdisziplinarität und Offenheit. Viele der hier als Autor:innen erstmalig gemeinsam in Erscheinung tretenden Personen sind Akteur:innen, die selbst die ruhrgebietsrelevanten Themen von StadtGesundheit bestimmen, ohne sie immer mit dem »Label StadtGesundheit« zu versehen. Doch dieses Label liefert im Sinne des WHO-Ansatzes, Gesundheit in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung zu verfolgen (Health in All Policies, HiAP), die Basis für strategische Allianzen. Denn gerade der Umgang mit Gesundheit im Allgemeinen und sozialer Ungleichheit bei Gesundheitschancen im Besonderen erfordert eine multidisziplinäre Anstrengung von Wissenschaftler:innen, Entscheidungsträger:innen und weiteren Fachleuten. So zielen auch die Beiträge in diesem Buch darauf ab, Impulse zu geben, die Kluft zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen, politischen Maßnahmen und deren Umsetzung zu überbrücken, wie die Praxisbeispiele in diesem Buch eindrucksvoll zeigen.

Durch die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit soll das Buch zu einem umfassenden und wirksamen systemischen Verständnis städtischer und natürlicher Ressourcen zum Wohl der öffentlichen Gesundheit in Zielkongruenz mit den Sustainable Development Goals (SDGs) im Ruhrgebiet beitragen. Unter dem Motto »Gemeinsame Ziele und gemeinsames Wissen für gemeinsames Handeln« soll StadtGesundheit im Ruhrgebiet als handlungsleitendes Thema in verschiedenen Politikfeldern gezeigt und Mut zur Weiterentwicklung gemacht werden. Diese HiAP-Perspektive auf die zahlreichen Herausforderungen im urbanen Raum und ihre vielfältigen Erscheinungsformen muss eine Schlüsselrolle auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft spielen.

Durch die Zusammenstellung von Perspektiven und Beispielen aus einer Reihe von Städten und Disziplinen, die sich über das gesamte Ruhrgebiet erstrecken, bietet dieser Band eine zeitgemäße und maßgebliche Zusammenstellung der vielfältigen Aktivitäten im Kontext von StadtGesundheit im Ruhrgebiet. In diesem Sinne liefert das Buch einen Beitrag für eine nachhaltige urbane Zukunft, die das Wohlergehen aller Menschen gewährleistet.

Wir danken allen, die sich hierfür bereits engagiert und an den Beiträgen gearbeitet haben. Zudem wünschen wir uns, dass das Thema StadtGesundheit weiter an Sichtbarkeit gewonnen hat, dass durch das Schreiben neue Verbindungen geknüpft wurden und mit der Publikation potenzielle Kontakte auch für Leser:innen sichtbar werden. Eine Ansprache der im Verzeichnis aufgeführten Autor:innen ist gewünscht.

Die Veröffentlichung dieses Werks war nicht nur für uns Herausgeber:innen, sondern auch für die Autor:innen der Einzelbeiträge mit viel Zeit und umfangreichen Diskussionsprozessen verbunden. Insbesondere möchten wir an dieser Stelle Rainer Fehr als Mitherausgeber dieser Reihe und Vordenker zu StadtGesundheit danken, der mit kritischen, fundierten und sorgfältigen Kommentaren maßgeblich zum Gelingen beigetragen hat.

Für finanzielle Unterstützung danken wir der Fritz und Hildegard Berg-Stiftung, der Hochschule für Gesundheit Bochum und dem Landeszentrum Gesundheit (LZG) NRW.

Wir freuen uns, dass die Publikation zur 10. Konferenz Stadt der Zukunft, die im November 2024 im Bochum-Wattenscheid stattfindet, vorliegen wird und wir so die verschiedenen Formate von Wissensgenerierung und -transfer miteinander verbinden können.

Heike Köckler, Claudia Hornberg, Odile Mekel, Andrea Rüdiger

StadtGesundheit im Ruhrgebiet: Ein Gemeinschaftswerk

*Heike Köckler, Claudia Hornberg, Andrea Rüdiger, Odile Mekel,
Lisa Masciangelo, Aline Krumreih*

Das Ruhrgebiet ist eine Region in ständiger Transformation. Während des Aufstiegs zur Industriemetropole durch intensive Steinkohleförderung und Stahlproduktion sowie das im Arbeitskräftebedarf begründete starke Bevölkerungswachstum wurde dabei dem Thema Gesundheit stets Bedeutung beigemessen, insbesondere im Hinblick auf soziale Ungleichheit und Gesundheit bei Umweltbelastungen. So haben Bergleute die ersten Knappschaften als soziale Absicherung für ihre Familien gegründet und hiermit ein Vorbild heutiger Krankenversicherungen geschaffen. Weitere Beispiele aus dem vergangenen Jahrhundert sind der Bau der Margarethenhöhe in Essen als deutsche Gartenstadt für Stahlarbeiter:innen der Kruppwerke und ihre Familien sowie die Forderung von Willy Brandt aus dem Jahr 1961, »Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden«. Heute ist das Ruhrgebiet Standort des Gesundheitscampus NRW, die Gesundheitswirtschaft schafft zahlreiche Arbeitsplätze, und der ökologische Umbau des Emschersystems symbolisiert eine stetig fortschreitende und sich an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen orientierende Transformation. Gleichzeitig ist die Region weiterhin geprägt durch herausfordernde Lebensumstände und umweltbedingte gesundheitliche Belastungsfaktoren wie eine vorwiegend autogerechte Infrastruktur, umweltbezogene Ungerechtigkeiten, soziale und ethnische Segregation und Formen struktureller Diskriminierung bei gleichzeitig herausfordernden Verwaltungsstrukturen.

Ziel des vorliegenden Gemeinschaftswerkes ist es, das sich ständig weiterentwickelnde, hochkomplexe und vielfältige Zusammenspiel zwischen städtischen Räumen und Gesundheit in diesem hochdynamischen Raum Ruhrgebiet exemplarisch aufzuzeigen. Das Werk fokussiert zu diesem Zweck sowohl auf die Historie des Raumes mit seinen damaligen Facetten von Stadt und Gesundheit als auch auf den Status quo mit seinem Blick auf zukünftige Herausforderungen und zeigt darüber hinaus vielfältige Perspektiven auf zukünftige Entwicklungspfade in Belangen der StadtGesundheit in dieser Region Deutschlands auf. Leitend ist hierbei der Anspruch einer transdisziplinären Betrachtungsweise des Themas StadtGesundheit, die Perspektiven aus Wissenschaft, Praxis und von verschiedenen gesellschaftlichen Akteur:innen vereint, um neue Wissensbestände zu generieren und Handlungsimplicationen für die Praxis abzuleiten.

Im vorliegenden Werk wird dies durch unterschiedliche inter- und transdisziplinäre Autor:innenteams verfolgt. In den einzelnen Beiträgen verbindet sich somit fast durch-

gängig forschungsbezogenes Wissen aus den Ruhrgebietshochschulen sowie der Universität Bielefeld und Forschungsinstitutionen (bspw. dem Institut für Arbeit und Technik [IAT]) mit den Wissensbeständen aus Behörden (bspw. dem Landeszentrum Gesundheit [LZG] NRW), kommunalen Verwaltungen und regionalen Akteur:innen (Emscher-genossenschaft oder MedEcon Ruhr). Es werden disziplinäre Perspektiven eingenommen, die Raum-, Umwelt- und Planungswissenschaften ebenso umfassen wie Public Health, Community Health, Medizin, (Heil-)Pädagogik, soziale Arbeit, Pflege oder Wirtschaftswissenschaften. Fast alle Autor:innen sind in Institutionen im Ruhrgebiet beschäftigt oder haben eine biografische Verbundenheit und verfügen so über eine detaillierte Binnensicht. Um ein verbindendes Element zu schaffen, werden die Teilthemen von StadtGesundheit in allen Beiträgen jeweils mit den folgenden Leitfragen bearbeitet:

- Welchen spezifischen Bezug hat das Thema des Beitrags zu StadtGesundheit im Ruhrgebiet?
- Was ist der Stand der Wissenschaft bei dem Thema des Beitrags im Hinblick auf StadtGesundheit?
- Welche gesellschaftlichen Diskurse und Strömungen gibt es beim Thema des Beitrags im Hinblick auf StadtGesundheit im Ruhrgebiet?
- Welche Abhängigkeiten bestehen zwischen dem im jeweiligen Beitrag betrachteten Teilthema im Hinblick auf Gesundheit und soziale Ungleichheit im Ruhrgebiet?

Das Gesamtwerk gliedert sich, gerahmt durch eine fachliche Einführung und ein Resümee der Herausgeber:innen in Kapitel 4, in die drei folgenden Bereiche: In Kapitel 1 wird ein historischer Blick eingenommen. In Kapitel 2 werden die aktuelle Situation des Gesundheitszustands der Bevölkerung sowie der Versorgung im Ruhrgebiet beschrieben. Kapitel 3 widmet sich einer strategischen Perspektive auf Planung und Steuerung sowie zukünftige Entwicklungen, die auf dem Ansatz von Gesundheit in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung (Health in All Policies) basiert.

Dieses Werk richtet sich gleichermaßen an Vertreter:innen aus Wissenschaft und Praxis, an gesellschaftliche Akteur:innen sowie an Studierende im Ruhrgebiet und im gesamten deutschsprachigen Raum. Es dient dazu, vielfältige Wissensbestände sichtbar zu machen, und hat diese teilweise erst im Entstehungsprozess des Gemeinschaftswerks generiert, da in fast allen Beiträgen Personen aus Wissenschaft und Praxis und/oder aus verschiedenen Disziplinen zusammengearbeitet haben.

Zu Beginn unserer Anfragen an mögliche Autor:innen wurde von diesen manchmal bezweifelt, ob genug Expertise vorhanden sei, um Beiträge zu einem Buchprojekt über »StadtGesundheit« zu leisten. In der tieferen Auseinandersetzung mit dem Thema entstanden dann sogar umfangreiche Beiträge, oder es wurden zusätzliche Beiträge über weitere relevante Themen und Projekte angekündigt. Daher ist ein zweiter Band zu StadtGesundheit im Ruhrgebiet bereits in Planung.

KAPITEL 1

Historie von StadtGesundheit im Ruhrgebiet

■ Im ersten Kapitel des Gemeinschaftswerks wird eine historische Perspektive auf das Ruhrgebiet eingenommen. Bereits in der nicht einheitlich definierten Bezeichnung Ruhrgebiet sowie in jener vom Volksmund als Revier oder Kohlenpott werden die wichtigsten Merkmale dieser wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßig bedeutenden Region in Deutschland zum Ausdruck gebracht: die Bodenschätze (vor allem Kohle) und die Wasserinfrastruktur (u. a. die Ruhr). Die Förderung und Nutzung der Bodenschätze trugen zu einem enormen wirtschaftlichen Aufschwung bei, allerdings auch zu großen gesundheitlichen Belastungen.

Das kohleführende Karbon des Rheinischen Schiefergebirges, welches durch die Ruhr mit ihren spezifischen Taleinschnitten freigelegt wurde, war mit seinen zahlreichen Kohlenflözen etwa 1837 Auslöser des Stollenabbaus (Dege, 1972). Beiderseits der Ruhr, wo das Steinkohlengebirge offen zutage trat, entstanden in wenigen Jahrzehnten ca. 150 fördernde Stollenbetriebe mit über 335.000 Beschäftigten rund um den Abbau. Sie förderten zusammen jährlich etwa 170.000 Tonnen Kohle (Dege, 1972). Seit dieser Zeit bis kurz nach dem Zweiten Weltkrieg war Kohle die zentrale Ressource für alle wichtigen nachfolgenden Wirtschaftszweige (Eisen und Stahl schaffende und verarbeitende Industrie) in der Region.

Entlang der zentralen historischen West-Ost-Ausdehnung, dem Hellweg, reihen sich mit den Städten Duisburg, Mülheim, Essen, Bochum, Dortmund und Hamm Städte aneinander, die in einer ursprünglichen kleinstädtischen und gar bäuerlichen Siedlungslandschaft ihren Ursprung hatten. Im Verlauf ihrer industriellen Entwicklung prägten innerhalb kürzester Zeit Werke der Eisen und Stahl produzierenden und verarbeitenden Industrie vor allem die Hellwegstädte, aber auch kleinere Städte in der Region. In unmittelbarer Nachbarschaft der Industrieanlagen als auch der Zechenstandorte und später auch entlang der Ausfallstraßen entstanden Werkwohnungen für die zahlreichen Beschäftigten aus dem In- und Ausland. Sowohl die Montanindustrie als auch das bei der Kokserzeugung entstehende Rohgas trugen zu einer erheblichen Umweltbelastung der Bewohnerschaft in den Arbeiterquartieren bei, die räumlich ungleich verteilt waren und blieben. Der Ruß- und Staubausstoß der Fabriken beeinträchtigte die Luftqualität in den angrenzenden Vierteln stark. So attestierte der Essener Schularzt Dr. Fischer bereits 1913 den Schulkindern aus dem Essener Stadtviertel Segeroth den schlechtesten Gesundheitszustand aller Essener Kinder, »da die eingeatmete Luft

nicht genügend Sauerstoffzufuhr zum Blute gewährleistet« (Arbeiterzeitung 6.7.1914, zitiert in Bajohr & Gaialat, 1991; Briesen, 1997). Die ungleiche Verteilung der Umweltbelastungen bildet sich auch nach dem Niedergang der Montanindustrie in den industriell geprägten und urbanen Wohngebieten der Städte ab. Dies zeigt sich in deutlich geringeren Anteilen an wohnortnahen Grünflächen und einem erhöhten Anteil an Flächen, die durch Umgebungslärm belastet sind. Jan Jarre und Knut Rauchfuss verweisen in ihrem Beitrag auf frühe Studien zur Umweltbelastung im Ruhrgebiet, die die sozial-räumlichen Verteilungsungerechtigkeiten in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets verdeutlichen.

Auch der Beitrag von Heike Oevermann zeigt die prägenden, ungeordneten, polyzentralen Wohnsiedlungen in diesem Transformations- und Agglomerationsraum auf. Wie die Autorin am Beispiel der Essener Margarethenhöhe darlegt, hat der Arbeitssiedlungsbau im Ruhrgebiet aus der Mitte des 19. Jahrhunderts auch eindrucksvolle Beispiele hervorgebracht, die über beachtliche architektonische, freiraumbezogene wie auch lagebedingte Qualitäten verfügen. Die Siedlung Margarethenhöhe, die zu den ersten sogenannten Gartenstadtsiedlungen zählte, propagierte ein Leben im Grünen, also Siedlungen mit Gärten zur Selbstversorgung und kleinen Erholungsbereichen und -gärten in Wohnungsnähe.

Heutige Zeitzeugen der industriellen Vergangenheit im Ruhrgebiet sind die erhaltenen und transformierten Standorte ehemaliger Zechen und Kokereien. Wie der Beitrag von Hans-Peter Noll und Helena Lischka verdeutlicht, ist aus der Zeche Zollverein, die von 1851 bis 1986 ein aktives Steinkohlebergwerk in Essen war, ein lebenswerter Naherholungs-, Wirtschafts- und Freizeitstandort geworden.

StadtGesundheit im Ruhrgebiet ist neben dem baukulturellen Erbe auch eng verbunden mit der Nutzung und den Funktionen der vorhandenen Flüsse wie Ruhr und Emscher. Während die Ruhr sowohl als Wasserstraße als auch als Trink- und Brauchwasserreservoir eine entscheidende Rolle bei der Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung der Region gespielt hat, galt die Emscher, der zentrale Fluss des Ruhrgebiets, lange über die Zeit der Industrialisierung hinaus als der schmutzigste Fluss Deutschlands und wurde als Cloaca maxima des Ruhrgebiets bezeichnet (Kneese, 1963; Dege, 1972). Zu der Zeit vollständig mit Beton ausgekleidet, führte sie das Abwasser aus Haushalten und Industrie der ganzen Region. Susanne Moebus und Alexander Knickmeier diskutieren in ihrem Beitrag den Emscherumbau seit Anfang der 1990er-Jahre als eine bedeutende Public-Health-Intervention im Ruhrgebiet. ■

Andrea Rüdiger, Heike Köckler, Claudia Hornberg, Odile Mekel

LITERATUR:

Bajohr, F. & Gaialat, M. (Hrsg.) (1991). *Segeroth – ein Viertel zwischen Mythos und Stigma*. Ergebnisse, Hamburg

Dege, W. (1972). Die Entwicklung der Wirtschaftszonen des Ruhrreviers. In: W. Dege (Hrsg.). *Das Ruhrgebiet*. Vieweg+Teubner Verlag, Wiesbaden. DOI: 10.1007/978-3-322-84288-6_4

Kneese, A. V. (1963). Water quality management by regional authorities in the Ruhr area with special emphasis on the role of cost assessment. *Papers in Regional Science*, 11(1), 229–250

1.1

Umweltgerechtigkeit im Ruhrgebiet. Frühe Studien zu Umweltbelastungen, Gesundheits- gefahren, sozialräumlichen Verteilungsungleichheiten und politischen Konsequenzen

Jan Jarre, Knut Rauchfuss

Umweltgerechtigkeit und die Kontinuität ihrer Wahrnehmung

Es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Umweltgerechtigkeit, also ohne eine sozial gerechte Verteilung von Umweltrisiken und -ressourcen. Diese (politische) Erkenntnis ist nicht neu. Schon vor Jahrzehnten wurde sie mit Blick auf das Ruhrgebiet formuliert. Dies gilt nicht nur für das allseits bekannte Bild vom blauen Himmel über der Ruhr, welches der spätere Bundeskanzler Willy Brandt seinerzeit im Wahlkampf 1961 prägte, sondern auch für konkrete politische Aktivitäten.

Im Dezember 1963 wurde in Essen durch die Zusammenlegung des 1960 gegründeten Forschungsinstituts für Luftreinhaltung mit der Landesanstalt für Bodennutzungsschutz die Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz geschaffen, eine Landesumweltbehörde, die in den Folgejahren umfangreiche Messdaten zur Luftverschmutzung erhob und die empirische Basis nicht zuletzt auch für eine Umweltgerechtigkeitsforschung legte.¹ Zugleich richtete sich das politische Interesse im Ruhrgebiet zu dieser Zeit ebenfalls auf Einzelmaßnahmen, wie z. B. die Gestaltung von Revierparks, die planungsrelevante Berücksichtigung von Frischluftschneisen, auf die Beseitigung unangenehmer und belastender Geruchsemissionen entlang der Emscher sowie

¹ Die Vorläuferinstitution, das Forschungsinstitut für Luftreinhaltung, unterhielt lediglich einige wenige Messstellen, u. a. am Essener Hauptbahnhof und am Porscheplatz. Die Messungen hatten seinerzeit noch keine Handlungskonsequenzen.

auf die gesundheitliche Vorsorge für die Arbeitenden in Bergbau und Schwerindustrie. Häufig war in diesen Fällen die augenfällige Erkenntnis der ungleichen Verteilung von Umweltbelastungen und ihrer gesundheitlichen Konsequenzen durchaus motivationsleitend. Allerdings so gut wie nie wurden derartige Aktivitäten explizit als verteilungspolitisch-gerechtigkeitsorientierte Maßnahmen eingefordert oder weiterreichende Konzepte wie das einer »verteilungsorientierten Umweltpolitik« oder der »umweltbezogenen Gerechtigkeit« ins Spiel gebracht.

Dabei waren die politische wie die wissenschaftliche Motivation, Umweltprobleme anzupacken, bereits zu Beginn der 1970er-Jahre vielversprechend: So wurden u. a. 1970 das Sofortprogramm und 1971 das erste Umweltprogramm der Bundesregierung beschlossen, im selben Jahr der Sachverständigenrat für Umweltfragen und 1974 das Umweltbundesamt ins Leben gerufen. Es wurde ab 1972 intensiv über die »Grenzen des Wachstums« und über die weltweite Dimension der Umweltprobleme (Stockholm) diskutiert, und ab 1971 gab die »Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel« innovative, umweltbezogene Forschungsarbeiten in Auftrag.

Bereits das erste der periodischen Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU, 1974: XV, Zif. 92) enthält verteilungsbezogene Forderungen: »In die Beurteilung gesamtwirtschaftlicher Auswirkungen des Umweltschutzes sind auch die vielfach vernachlässigten Verteilungswirkungen einzubeziehen. Hierzu sind detaillierte empirische Studien erforderlich und entsprechend zu unterstützen.« Zudem gehöre zum Ziel einer gerechteren Einkommensverteilung auch eine verstärkte Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Umweltgüter durch einkommensschwächere Gruppen (SRU, 1974, S. 169, Zif. 625). Weiter wird darauf verwiesen, dass beim derzeitigen Forschungsstand Verteilungswirkungen einer durch politische Maßnahmen gegebenenfalls verbesserten »Lebensqualität« nicht zu beurteilen seien (SRU, 1974, S. 171, Zif. 629).

Für die Wissenschaft konnte dies als großes Versprechen der Unterstützung weiterer Forschungsanstrengungen interpretiert werden. Anknüpfend an das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) von 1967, wurde mit Blick auf Zielkonflikte zwischen dem Umweltschutz und den etablierten volkswirtschaftlichen Zielen ohnehin viel geforscht, vor allem natürlich zum Thema Konflikte zwischen Umweltschutz und Vollbeschäftigung. Aber auch Verteilungswirkungen öffentlicher Güter und der Umweltpolitik insgesamt wurden bereits früh analysiert (Külp, 1976, S. 9 ff.; Pfaff & Pfaff, 1977, S. 183 ff.; Zimmermann, 1985).

Die Arbeit von Anita und Martin Pfaff z. B. bezieht sich in einer empirischen Fallstudie auf die Stadt Augsburg, stützt sich allerdings nicht auf Immissionsmessungen, sondern schätzt die objektive Belastung aufgrund meteorologischer Gegebenheiten wie z. B. der Windrichtung. Im Ergebnis zeigen sich keine auffälligen sozioökonomischen Ungleichverteilungen. In der abschließenden Bewertung heißt es: »Da die Siedlungsmuster in den untersuchten Kommunen Bayerns nicht so offensichtlich nach Einkom-

men oder Beruf differenziert sind, wie dies für das Ruhrgebiet zuzutreffen scheint, ist die räumliche Verteilung der Belastung und damit der Nutzen einer Umweltschutzpolitik zur Reduktion der Belastung nicht so offensichtlich« (Pfaff & Pfaff, 1977, S. 217).

Klaus W. Zimmermann verfolgte in seiner 1985 veröffentlichten, weit ausgreifenden Habilitationsschrift bereits seit Mitte der 1970er-Jahre das Ziel, sowohl direkte Verteilungseffekte des Umweltschadens und des Umweltnutzens als auch Verteilungseffekte der Umweltpolitik insgesamt in seine Analyse einzubeziehen. Er beschließt seine Arbeit mit der Erkenntnis, dass eine tragfähige Datenbasis für eine Verteilungsfragen berücksichtigende Umweltpolitik noch bereitgestellt werden müsse (Zimmermann, 1985, S. 301), insbesondere seien bessere Informationen notwendig über

- die räumliche Verteilung von Nutzen und Kosten des Umweltschutzes,
- die Inzidenz der Umweltpolitik nach sozioökonomischen Gruppen und
- die »dynamische« Inzidenz im Sinne der Anpassungsreaktionen an die geänderte Struktur relativer Preise, insbesondere der Boden- und der Mietpreise.

Diese Informationslücken sind auch heute noch zu beklagen.

Erste empirische Analysen für das Ruhrgebiet

Die sozioökonomische Analyse von Umweltschäden und -verbesserungen ist erkennbar keine Erfindung des frühen 21. Jahrhunderts. Auch für das Ruhrgebiet gibt es bereits Studien aus den 1970er-Jahren, die zeigen, dass Umweltbelastungen und schädliche Folgewirkungen gesundheitlicher Art in der Bevölkerung nicht gleich verteilt sind.

Sehr anspruchsvolle und vor allem auch fachgebietsübergreifende Forschungen wurden ab 1972 am Institut für Umweltschutz und Umweltgüteplanung der Universität Dortmund (INFU) initiiert. Drei aufeinanderfolgende Projekte widmeten sich der Erhebung und Darstellung regionaler Umweltbelastungen (BELADO) (Werner, 1975), der Ermittlung ihrer sozialräumlichen Auswirkungen (UMSOZ)² und der Bearbeitung in diesem Zusammenhang auftretender Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen (UKOSIM)³.

Für unser Thema sind vor allem die Erkenntnisse der UMSOZ-Studie interessant: Im industriellen Ballungsraum Dortmund wurden signifikante Unterschiede in der gruppenspezifischen Verteilung von Umweltbelastungen ermittelt. Das Belastungsmodell Dortmund, das u. a. Messdaten zur Immissionsbelastung für Schwefeldioxid, Staub

2 Peter, G. u. a. (1975). *Umweltbelastungen und ihre sozialräumlichen Auswirkungen (UMSOZ)*. Erster Zwischenbericht Dezember 1975. Diese Studie scheint über Zwischenberichte nicht hinausgekommen zu sein. Ein Endbericht ist nicht auffindbar und wurde wahrscheinlich nicht erstellt, weil ein Institutsleiterwechsel dazu führte, dass sich kurzfristig die Forschungsprioritäten veränderten (mündliche Information von Gerd Peter, November 2022).

3 Peter, G.; Schulz, V. (o. J.). *UKOSIM. Umweltkonfliktsimulationsspiel*. Manuskript. Dortmund.

und Lärm sowie Belastungen durch fehlende Naherholungseinrichtungen berücksichtigte, lieferte die empirischen Grundlagen. Die Daten wurden auf eine einheitliche Skala normiert und mithilfe einer Delphi-Expertenbefragung wirkungsorientiert gewichtet. Die Autor:innen kamen für Dortmund im Bereich Luft (SO₂, Grobstaub) zu der Erkenntnis »[...] daß Arbeiter stärker belastet sind als Angestellte und Beamte. Höhere Angestellte aus dem produktiven Bereich sind weniger belastet als die Angestellten insgesamt, höhere Beamte sind ebenfalls weniger belastet als Beamte insgesamt, etwa gleich belastet wie die Führungskräfte der Industrie.« Am Ende des Zwischenberichts heißt es zusammenfassend: »Die Ausgangshypothese, je höher die Umweltbelastung, desto geringer der Anteil oberer Bevölkerungsschichten, oder umgekehrt, je geringer die Umweltbelastung, desto geringer der Anteil unterer Bevölkerungsschichten, wurde statistisch für den Bereich der Luftbelastung (SO₂, Staub) bestätigt, [...] Lärmbelastung zeigt sich demgegenüber auf die unterschiedlichen sozialen Schichten relativ gleichverteilt« (Peter, o. J., S. 37).⁴

Anknüpfend an das BELADO-Modell und die dort erhobenen Daten, aber unabhängig vom INFU, analysierte der Geograph Reinhold E. Lob (1977) sozialräumliche Aspekte von Umweltbelastungen auf kleinräumiger Ebene im Umkreis der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund-Hörde und im Bereich der Westfalenhütte im nordöstlichen Dortmund. Lob (1977, S.172) kommt für den Bereich Hörde zu folgendem Ergebnis: »Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in Hörde mit steigender Umweltbelastung die soziale Schichtung ungünstiger wird, die Hausqualität abnimmt, die Geschosshöhe größer wird.« Für die Westfalenhütte und ihre Umgebung fallen Lobs Erkenntnisse differenzierter aus, und er verweist in diesem Zusammenhang auf die besondere Bedeutung siedlungsgenetischer Effekte. In Hörde entwickelte sich die Wohnbebauung in Schichten um das Werk herum. Die Westfalenhütte dagegen wurde auf der grünen Wiese angelegt. Es wurde großräumiger und mit Reserveflächen geplant. Dabei entstanden die ältesten Wohnbezirke meist in weiterem Abstand als die jüngeren. Besonders bedeutsam ist für Lob eine Siedlung an der Westfalenhütte, für die er feststellt: »Sie hat eine starke Vertretung der Mittelschicht, nahezu optimale Hausqualitäten und die stärkste Umweltbelastung. Sie liegt unmittelbar am Werk, ist aber durch einen teils parkähnlich gestalteten Schutzstreifen optisch davon getrennt.« Und er resümiert wie folgt: »Bei geringer faktischer Immissionsschutzwirkung haben die grünen Schutz-zonen um das Werk im Wesentlichen eine ästhetische und optische Positivwirkung für die Wohnumwelt. Diese aber ist so wichtig, daß sie wohl wesentlich die Entwicklung der Siedlung mitbeeinflusst hat« (Lob, 1977, S. 179).

4 Der Lärmanalyse lagen die Messwerte für Lärmkarten in Dortmund zugrunde. Die Messungen fanden von Mai 1961 bis November 1962 an Werktagen statt. Dazu wurden »Normierungsfunktionen« erstellt, deren unterer Wert bei 20 dB (A) und deren obere Grenze bei 50 bzw. 65 dB (A) lagen (genauer bei Werner, 1975, S. 28).

In den 1970er-Jahren waren zudem die Institute für Europäische Wirtschaftspolitik und Verkehrswissenschaft der Universität Hamburg frühe Zentren der regional- und umweltökonomischen Forschung. Initiiert durch die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, entstand dort ab 1974 die Studie »Umweltbelastungen und ihre Verteilung auf soziale Schichten« von Jan Jarre (1975), eine empirische Untersuchung am Beispiel des Ruhrgebietes. In der Folge wurden bis 1977 weitere Arbeiten veröffentlicht (Jarre, 1976; Jarre, 1977). Neben dem Ruhrgebiet stand dabei speziell die Stadt Duisburg im Zentrum der Analyse, die sich auf Daten der Volks- und Berufszählung von 1970 sowie regionale Immissionsmessungen der Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz stützte. Hier einige wichtige Erkenntnisse (Jarre, 1976, S. 180 ff.):

- Die Mehrzahl der Arbeiter:innenwohngebiete und die Masse der Arbeiter:innenbevölkerung ist 1970 im innerstädtischen Vergleich überdurchschnittlichen Schadstoffbelastungen und dabei meist mehreren Schadstoffen gleichzeitig ausgesetzt. Die sozioökonomische Gruppe der Arbeiter:innen ist deutlich stärker durch Umweltbelastungen betroffen als die Gruppen der Angestellten, Beamt:innen und Selbstständigen.
- Neben Wohngebieten mit hohen Arbeiter:innenanteilen verzeichnen vor allem städtische Zentren und Unterzentren überdurchschnittliche Schadstoffbelastungen. Die hier häufig stark vertretene Gruppe der Selbstständigen (Einzelhändler:innen) ist überdurchschnittlich betroffen.
- Die Mehrzahl der Arbeiterwohngebiete ist durch mangelnde Gelegenheiten für die Tageskurzerholung in nahe gelegenen (d. h. höchstens 1,25 km von der Wohnung entfernt liegenden) Grünanlagen gekennzeichnet.
- Das schichtenspezifische Freizeitverhalten trägt dazu bei, die unterschiedliche Immissionsbelastung tendenziell zu verstärken, da bei Arbeiter:innen und unteren Einkommensschichten, die im Wohnbereich den höchsten Belastungen ausgesetzt sind, ein wohnungszentriertes Freizeitverhalten festzustellen ist.⁵
- Arbeiter:innen sind auch am Arbeitsplatz größeren Gesundheitsrisiken ausgesetzt als die anderen sozioökonomischen Gruppen im Revier (Jarre, 1976, S. 126 ff.).

Neben der Bestandsaufnahme wurde auch der Frage nachgegangen, welche umweltpolitischen Maßnahmen eingesetzt werden könnten, um die unerwünschte Verteilungsrealität im Wohnungs-, Freizeit- und Arbeitsbereich tendenziell zu korrigieren (Jarre, 1977, S. 43 ff.). Die Vorschläge sind damals wie heute recht ähnlich. Sie laufen

⁵ Diese Erkenntnis basiert auf der Sichtung der damaligen Sekundärliteratur zum schichtenspezifischen Freizeitverhalten nicht zuletzt im Ruhrgebiet: Jarre, 1976, S. 144 ff.

darauf hinaus, die unterschiedliche Verteilung von Umweltgütern wie -schäden endlich so ernst zu nehmen, dass umwelt- und gesundheitspolitisch engagiert gegengesteuert wird, und zwar vor allem auch vor Ort, in kleinräumigen, kommunalen Strukturen.

In den 1980er-Jahren erschienen auch erste empirische Untersuchungen aus dem Bereich der Sozialepidemiologie. Mielck (1985) konnte anhand der Daten aus den Hamburger Schuleingangsuntersuchungen aus dem Jahr 1979 zeigen, dass Schulanfänger:innen aus Arbeiterhaushalten stärker gegenüber den Luftschadstoffen Schwefeldioxid und Stickstoffmonoxid exponiert waren.

Eine entsprechende Auswertung der Schuleingangsdaten aus Brandenburg 1994 dokumentierte, dass soziale Benachteiligung mit Wohnen an viel befahrenen Hauptstraßen assoziiert war (MASGF, 1994), ein Zusammenhang, der sich auch in der 1992/93 durchgeführten »Bitterfeldstudie« von Heinrich et al. (1998a) bestätigte. Diese Studie zeigte auch eine erhöhte Cadmiumbelastung im Urin von sozial Benachteiligten (Heinrich, 2001). Thiele und Burkhardt (1991) konnten für die Stadt Hamburg belegen, dass Umweltqualität in der Wohnumgebung mit dem Sozialstatus der Quartiere abnimmt und die Krebserkrankungshäufigkeit zunimmt, dass sozial Benachteiligte auch am Arbeitsplatz verstärkten Belastungen ausgesetzt sind und dass »ihr Wissen über gesundheitsbewusstes und krebsvermeidendes Verhalten« geringer ist, ebenso »die Möglichkeiten, dieses Wissen – soweit vorhanden – zu verwirklichen« (Thiele & Burkhardt, 1991, S. 104). Auch in Nordrhein-Westfalen wurde in den 1990er-Jahren der Zusammenhang zwischen Sozialstatus und Bleibelastung im Blut epidemiologisch untersucht. Sozial benachteiligte Kinder zeigten deutlich erhöhte Bleibelastungen (Krämer et al., 1997).

Insgesamt erschienen in den 1990er-Jahren noch eine Reihe weiterer umweltbezogener Studien, die Exposition und Erkrankungsraten in Abhängigkeit vom Sozialstatus untersuchten, insbesondere atopische Erkrankungen. Eine Übersicht hierzu findet sich bei Heinrich et al. (1998b). Auch das Statistische Bundesamt (1998, S. 113 ff.) bestätigte diese Situation: »Die hohe und wachsende Mietbelastung einkommensschwacher Haushalte führt zu ihrer anhaltenden Abdrängung in billigere Wohnungen mit schlechtem Ausstattungsstandard, geringer Wohnfläche, hohen Belastungen durch Verkehrslärm und Abgase sowie kinderfeindlichem Wohnumfeld [...] Mehr als 20 % aller Haushalte in Deutschland leben in Wohnungen, die dauernd durch Verkehrslärm belastet sind [...] 12 % der Haushalte klagen über ständige Gerüche und Abgase, knapp 13 % über dauernde Staubbelastung.«

Im Zuge einer Übersichtsarbeit im Auftrag des Büros für Technikfolgenabschätzung im Deutschen Bundestag fassten Heinrich et al. (1998a, S. 5) den Kenntnisstand vor Beginn des Millenniums folgendermaßen zusammen: »Ökologische Studienansätze deuten darauf hin, dass Wohngebieten mit höheren Luftschadstoffbelastungen über-

proportional durch Personen der unteren sozialen Schichten bewohnt werden. Kinder [...] der unteren sozialen Schichten wohnen häufiger an verkehrsreichen Straßen und sind somit auch in höherem Maße den verkehrsabhängigen Luftschadstoffen und dem höheren Lärmpegel ausgesetzt. Die Expositionen durch Außenluftschadstoffe und Lärm sind in der unteren sozialen Schicht größer als in anderen Schichten.«⁶

Umweltgerechtigkeit wird als Forschungsthema entdeckt

Trotz dieser Erkenntnisse und verschiedener Hinweise auf politisch erwünschte Konsequenzen hat es jedoch bis in die 2000er-Jahre gedauert, bis Politik und Verwaltung, aber auch Wissenschaft und Medien diesem Thema einen höheren Stellenwert eingeräumt haben. Die ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen und ihren Folgewirkungen wurden im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts interessanterweise von niemandem als so bedeutsam angesehen, dass diese Erkenntnis in Politik, Verwaltung und Wissenschaft handlungsleitend wurde.⁷ Maßgeblich dazu beigetragen hat sicherlich, dass ab Mitte der 1970er-Jahre weiterreichende umweltpolitische Reformbestrebungen auf bundesdeutscher Ebene und entsprechende Forschungsanstrengungen durch die ökonomischen Schwierigkeiten – insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit – in die Defensive gerieten. Bald danach dominierte in der wirtschaftspolitischen Praxis die »angebotsorientierte Wirtschaftspolitik«, die verteilungspolitischen Fragen ohnehin keine sonderliche Bedeutung beimaß.

Weitere Ursachen kamen hinzu. Im ausgehenden 20. Jahrhundert konzentrierte sich die gesundheitspolitische Debatte verstärkt auf das individuelle Gesundheitsverhalten (Bolte & Mielck, 2004, S. 13). Umweltpolitisch gewann die umweltsoziologische Sichtweise von Beck (1986) diskursiv an Einfluss und damit auch die Auffassung, Umweltbelastungen seien wegen globaler Ausbreitung auch sozial gleichmäßig verteilt. Symbolisch für diese Sichtweise steht der Satz: »Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch« (Beck, 1986, S. 48). Kraemer (2007) führt die Rückläufigkeit der Aufmerksamkeit für umweltbezogene Verteilungsanalysen außerdem auf die flächendeckenden umweltpolitischen Erfolge ab den 1970er-Jahren zurück, von denen alle sozialen Gruppen profitiert haben. Zudem seien die verbliebenen sozialräumlichen Verteilungsgerechtigkeiten auch für die Betroffenen selbst seitdem nur noch im Ausnahmefall direkt sichtbar oder erfahrbar.

6 Der Unterschied zur relativen Gleichverteilung von Lärm in der oben zitierten UMSOZ-Studie ergibt sich vermutlich aus der zunehmenden Verkehrs- und Lärmbelastung in Innenstädten und an Durchfahrtsstraßen sowie des dadurch initiierten Wohnungswechsels reicherer Bevölkerungsgruppen in den Nach-70er-Jahren.

7 Über die Frage nach dem Warum wurden ebenfalls sehr frühzeitig Vermutungen angestellt, die auch für die Gegenwart noch erklärungsrelevant sind, z. B. durch Zimmermann (1983, S. 427 ff.).

Anfang der 2000er-Jahre kehrte das Thema schließlich auf dem Umweg über die USA nach Deutschland zurück. In den USA hatte zu Beginn der 1980er-Jahre die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung das Thema »Environmental Justice« auf die gesellschaftliche Agenda gesetzt, und Mitte der 1990er-Jahre wurde es dort nach zahlreichen Protesten, insbesondere gegen »Environmental Racism«, auch durch staatliche Behörden aufgegriffen, rechtlich kodifiziert und in die Arbeit der oberen Umweltbehörden integriert. Auf diesem Umweg gelangte das Anliegen einer sozial gerechten Verteilung von Umweltrisiken und -ressourcen, aber ebenso die Frage der Beteiligung an umweltpolitischen Entscheidungsprozessen (Verfahrens- oder Ergebnisgerechtigkeit) und der sozialen Verteilung von Umweltschutzkosten zurück auf die Agenda der umweltpolitischen und gesundheitspolitischen Debatte in Deutschland (Schlüns, 2007). Im Unterschied zu den USA aber wurde diese Debatte nicht durch die Umweltbewegung in den deutschen Diskurs eingetragen, sondern durch einige, zunächst wenige Wissenschaftler:innen, für die exemplarisch die Namen Gabriele Bolte (2006), Horst Dietrich Elvers (2011), Joachim Heinrich (2000), Claudia Hornberg (Hornberg et al., 2008; 2011), Heike Köckler (2008), Andreas Mielck (Mielck & Heinrich, 2002) und Werner Maschewsky (2004; 2008) stehen (Bolte et al., 2012).

Es bestand der Anspruch, die noch immer dünne empirische Datenlage auszuweiten, um Grundlagen für die umweltpolitische Planung von Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen. Kurz hintereinander wurden verschiedene Studien zur Situation der Umweltgerechtigkeit in Deutschland durchgeführt und veröffentlicht (Bolte et al., 2004; Heinrich et al., 2005; Hoffmann et al., 2003; Köckler et al., 2008; Mielck, 2004). Im städtischen Ballungsraum Rhein/Ruhr entstand erstmals eine umweltepidemiologische Studie, die Messdaten zur Exposition kleinräumig modellierte, diese Belastungen GIS-basiert individuell zuordnete und auf diese Weise mit den Sozialdaten der einzelnen Proband:innen ins Verhältnis setzen konnte. Untersucht wurden so einerseits die Expositionen gegenüber Luftschadstoffen und Innenraumbelastungen, andererseits verschiedene interne Belastungs- und Wirkparameter im Humanbiomonitoring und im Effektmonitoring in Abhängigkeit von unterschiedlichen Indikatoren zum Sozialstatus (Kolahgar et al., 2006). Die Daten waren an Kindern und ihren Müttern während der Schuleingangsuntersuchungen des Jahres 2000 erhoben worden. In dieser Studie bestätigte sich für die Städte Duisburg, Dortmund und Borken der Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und verstärkter Exposition gegenüber Luftschadstoffen. Mit Ausnahme von Allergien zeigten sich auch zunehmende schädliche Gesundheitseffekte mit abnehmendem Sozialstatus. Dies betraf vor allem Beeinträchtigungen der Lungenfunktionsparameter, aber auch Nephrotoxizitätsmarker (Hoffmann et al., 2009). Besonders ausgeprägt waren die vom Sozialstatus abhängigen Expositionseffektbeziehungen bei Proband:innen mit Migrationshintergrund (Rauchfuss et al., 2008).

Die Studie entstand im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen⁸ und legte konsekutiv auch den Grundstein für die Verankerung des Themas im Masterplan Umwelt und Gesundheit. Seither bildet das Handlungsfeld »Umweltgerechtigkeit« ein Querschnittsthema in den Aktivitäten der Landesregierung im Bereich Umwelt & Gesundheit.⁹ So heißt es mittlerweile auch im Koalitionsvertrag der Landesregierung für die Legislaturperiode 2022–2027 unter der Überschrift »Umweltgerechtigkeit: ›Zum Wohl von Mensch und Umwelt hat der Staat die Aufgabe, seine Schutzfunktion wahrzunehmen und alle Menschen auch im Sinne des Vorsorgeprinzips gleichermaßen vor schädlichen Umweltbelastungen zu bewahren« (Landesregierung NRW, 2022, Z. 1566–1573). In diesem Kontext wurden seit 2013 im Rahmen des MPUG, auch in Kooperation mit unterschiedlichen Kommunen, verschiedene Projekte zur Förderung von mehr Umweltgerechtigkeit durchgeführt. Ein Anfang ist also gemacht. Der Weg zu einer sozial gerechten Verteilung von Umweltbelastungen und -ressourcen, einer breiten Beteiligung aller gesellschaftlichen Schichten an umweltpolitischen Entscheidungsprozessen und hin zu einer sozial gerechten Verteilung von Umweltschutzkosten ist jedoch auch fast 50 Jahre nach der ersten empirischen Umweltgerechtigkeitsstudie (Jarre, 1975) in den städtischen Ballungsräumen des Ruhrgebiets immer noch lang.

LITERATUR

- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp
- Bolte, G. (2006). Environmental Justice – Umweltgerechtigkeit. *Umweltmed Forsch Prax*, 11(3), 161–172
- Bolte, G. & Mielck, A. (Hrsg.) (2004). *Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen*. Juventa
- Bolte, G.; Bunge, C.; Hornberg, C.; Köckler, H. & Mielck, A. (Hrsg.) (2012). *Umweltgerechtigkeit. Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven*. Verlag Hans Huber
- Bolte, G.; Elvers, H.-D.; Schaaf, B. et al. (2004). Soziale Ungleichheit bei der Belastung mit verkehrsabhängigen Luftschadstoffen: Ergebnisse der Kinderkohortenstudie LISA. In: G. Bolte & A. Mielck (Hrsg.). *Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen* (S. 175–198). Juventa
- Elvers, H. D. (2005). *Umweltgerechtigkeit (Environmental Justice): Integratives Paradigma der Gesundheits- und Sozialwissenschaften?* UFZ Discussion Paper 14/2005, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle
- Elvers, H. D. (2011). Umweltgerechtigkeit. In: M. Groß (Hrsg.). *Handbuch Umweltsoziologie* (S. 464–484). VS Verlag für Sozialwissenschaften

8 Das Aktionsprogramm Umwelt & Gesundheit (APUG NRW) wurde von 2000 bis 2010 als integriertes Programm der nordrhein-westfälischen Landesregierung nach dem Vorbild der von der WHO ab 1994 initiierten nationalen Aktionspläne (NEHAP) aufgestellt und sollte erste Erfahrungen in der ressortübergreifenden Bearbeitung des gesundheitsbezogenen Umweltschutzes ermöglichen. Es wurde ab 2013 durch den Masterplan Umwelt & Gesundheit (MPUG NRW) abgelöst und erweitert: www.umwelt-und-gesundheit.nrw.de

9 Vgl. www.umwelt-und-gesundheit.nrw.de/themen/umweltgerechtigkeit/

- Heinrich, J. (2001). Exposition durch Umweltschadstoffe im Wohnumfeld und im Innenraum. In: A. Mielck & K. Bloomfield (Hrsg.). *Sozial-Epidemiologie. Einführung in die Grundlagen, Ergebnisse und Umsetzungsmöglichkeiten*. Juventa
- Heinrich, J.; Gehring, U.; Cyrys, J.; Brauer, M.; Hoek, G.; Fischer, P.; Bellander, T. & Brunekreef, B. (2005). Exposure to traffic related air pollutants: Self reported traffic intensity versus GIS modelled exposure. *Occupational and Environmental Medicine*, 62, 517–523
- Heinrich, J.; Mielck, A.; Schäfer, I. & Mey W. (1998a). Soziale Ungleichheit und umweltbedingte Erkrankungen in Deutschland. Empirische Ergebnisse und Handlungsansätze. In: H. E. Wichmann; H. W. Schlipkötter & G. Fülgraff (Hrsg.). *Fortschritte in der Umweltmedizin*. Ecomed Verlagsgesellschaft
- Heinrich, J.; Mielck, A.; Schäfer, I. & Mey, W. (2000). Social inequality and environmentally-related diseases in Germany: Review of empirical results. *Soz Präventivmed*, 45, 106–118
- Heinrich, J.; Popescu, M. A.; Wjst, M.; Goldstein, I. F. & Wichmann, H. E. (1998b). Atopy in Children and Parental Social Class. *American Journal of Public Health*, 88 (9), 1319–1324
- Hoffmann, B.; Kolahgar, B.; Rauchfuss, K.; Eberwein, G.; Franzen-Reuter, I.; Kraft, M.; Wilhelm, M.; Ranft, U. & Jockel, K. H. (2009). Childhood social position and associations between environmental exposures and health outcomes. *Int J Hyg Environ Health*, 212: 146–156
- Hoffmann, B.; Robra, B.-P. & Swart, E. (2003). Soziale Ungleichheit und Straßenlärm im Wohnumfeld – eine Auswertung des Bundesgesundheits surveys. *Gesundheitswesen*, 65: 393–401
- Hornberg C. & Pauli A. (Hrsg.) (2008). *Umweltgerechtigkeit – die soziale Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen. Dokumentation der Fachtagung vom 27. bis 28. Oktober 2008 in Berlin*. Arbeitsgruppe 7 – Umwelt und Gesundheit, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld
- Hornberg, C.; Bunge, C. & Pauli, A. (2011). *Strategien für mehr Umweltgerechtigkeit. Handlungsfelder für Forschung, Politik und Praxis*. Arbeitsgruppe 7 – Umwelt und Gesundheit, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld
- Jarre, J. (1975). *Umweltbelastungen und ihre Verteilung auf soziale Schichten*. Schwartz
- Jarre, J. (1976). *Die verteilungspolitische Bedeutung von Umweltschäden*. Wirtschaftspolitische Studien 42. Vandenhoeck & Ruprecht
- Jarre, J. (1977). Überlegungen zu einer verteilungsorientierten Umweltpolitik. *Wirtschaftsdienst*, 57(1), 41–46. Weltarchiv
- Köckler, H. (2008). Zur Integration umweltbezogener Gerechtigkeit in den planerischen Umweltschutz. In: K.-S. Rehberg (Hrsg.). *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilband 1 und 2* (S. 3703–3716). Campus
- Köckler, H.; Katzschner, L.; Kupski, S.; Katzschner, A. & Pelz, A. (2008). *Umweltbezogene Gerechtigkeit und Immissionsbelastungen am Beispiel der Stadt Kassel*. CESR-Paper 1. Kassel University Press
- Kolahgar, B.; Hoffmann, B. & Jöckel, K.-H. (2006). *Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen und gesundheitlichen Folgen an industriellen Belastungsschwerpunkten in Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht des LANUV NRW*
- Kraemer, K. (2007). Umwelt und soziale Ungleichheit. *Leviathan*, 35, 348–372
- Krämer, U.; Altmann, L.; Behrendt, H.; Dolgner, R.; Islam, M. S.; Kaysers, H. G.; Ring, J.; Stiller-Winkler, R.; Turfeld, M.; Weishoff-Houben, M.; Willer, H. & Winneke, G. (1997). Comparison of the influence of socioeconomic factors on air pollution health effects in West and East Germany. In: M. Jantunen (Hrsg.). *Socioeconomic and cultural factors in air pollution epidemiology. Air pollution epidemiology report number 8* (S. 41–49). European Commission

- Külp, B. (1976). Verteilungswirkungen der Umweltschutzpolitik. In: O. Issing (Hrsg.). *Ökonomische Probleme der Umweltschutzpolitik* (S. 91). Schriften des Vereins für Sozialpolitik
- Landesregierung NRW (2022). »Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen«. *Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022–2027*
- Lob, R. E. (1977). Sozialräumliche Aspekte von Umweltbelastungen in Verflechtungsgebieten von Schwerindustrie und Wohnbebauung. In: R. E. Lob & H. W. Wehling (Hrsg.). *Geographie und Umwelt. Festschrift für Prof. Dr. Peter Schneider*. Athenäum
- Maschewsky, W. (2004). *Umweltgerechtigkeit – Gesundheitsrelevanz und empirische Erfassung*. Discussion Papers/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Bildung, Arbeit und Lebenschancen, Forschungsgruppe Public Health, 2004–301
- Maschewsky, W. (2008). Umweltgerechtigkeit als Thema für Public-Health-Ethik. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 51, 200–210
- MASGF (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg) (1997). *Zur Gesundheit der Schulanfänger im Land Brandenburg*
- Mielck, A. & Heinrich, J. (2002). Soziale Ungleichheit und die Verteilung umweltbezogener Expositionen (Environmental Justice). *Gesundheitswesen*, 64, 405–416
- Mielck, A. (1985). *Kind – Gesundheit – Stadt. Gesundheitliche Belastungen des Kindes durch die städtische Umwelt – am Beispiel Hamburg*. Verlag P. Lang
- Mielck, A. (2004). Unterschiede bei Lärmbelastung und Luftverschmutzung nach dem Haushaltseinkommen. In: G. Bolte & A. Mielck (Hrsg.). *Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen* (S. 139–153). Juventa
- Pfaff, M. & Pfaff, A. B. (1977). Verteilungspolitische Auswirkungen der Umweltverschmutzung und Umweltschutzpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Verursacherprinzips. In: B. Külp & H. D. Haas (Hrsg.). *Soziale Probleme in der modernen Industriegesellschaft. Verhandlungen auf der Arbeitstagung des Vereins für Sozialpolitik, Augsburg 1976*. Duncker und Humblot
- Rauchfuss, K.; Hoffmann, B.; Kolahgar, B.; Eberwein, G.; Kraft, M. & Franzen-Reuter, I. (2008). Umweltgerechtigkeit: Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen und gesundheitlichen Folgen an industriellen Belastungsschwerpunkten in Nordrhein-Westfalen. *UMID*, 2, 35–38
- Schlüns, J. (2007). Umweltbezogene Gerechtigkeit in Deutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung: *Ökologische Gerechtigkeit*. *APuZ*, 24/2007: 25–31
- SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) (1974). *Umweltgutachten 1974*. Kohlhammer
- Statistisches Bundesamt (1998). *Gesundheitsbericht für Deutschland*. Metzler-Poeschel, Stuttgart
- Thiele, W. & Burkhardt, N. (1991). Innerstädtische Verteilung der Gesamtkrebssterblichkeit in Hamburg 1986/88. *Hamburg in Zahlen*, 4, 101–105
- Werner, G. (1975). *Umweltbelastungsmodell einer Großstadtregion: dargestellt am Beispiel der Stadt Dortmund (BELADO)*. Erich Schmidt Verlag
- Zimmermann, K. W. (1983). Ansatzpunkte einer verteilungsorientierten Umweltpolitik. *Kyklos*, 36(3)
- Zimmermann, K. W. (1985). *Umweltpolitik und Verteilung. Eine Analyse der Verteilungswirkungen des öffentlichen Gutes Umwelt*. Erich Schmidt Verlag

Das Ruhrgebiet ist noch immer einer der größten Ballungsräume Europas, in dem mehr als fünf Millionen Menschen leben. Doch wie steht es um die Gesundheit der Bewohner*innen dieser geschichtsträchtigen Region, und welchen Einfluss haben die unterschiedlichen städtischen Strukturen auf ihr Wohlbefinden?

Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis beleuchten historische Entwicklungen, analysieren aktuelle gesundheitliche Herausforderungen und diskutieren zukunftsweisende Strategien. Dabei wird deutlich, wie stark Gesundheit, Umwelt und soziale Strukturen miteinander verwoben sind. Dieses Werk ist ein zugleich fundierter und inspirierender Begleiter für alle, die die gesundheitliche Entwicklung und die Zukunftsperspektiven des Ruhrgebiets besser verstehen wollen.

Heike Köckler ist Raumplanerin und Professorin für Sozialraum und Gesundheit an der Hochschule für Gesundheit, Bochum. Sie gestaltet das Forum StadtGesundheit Ruhr als transdisziplinären Prozess mit.

Claudia Hornberg ist Biologin, Ökologin und Medizinerin. Sie ist Dekanin und Professorin für Sustainable Environmental Health Sciences an der Medizinischen Fakultät OWL, Universität Bielefeld. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Umwelteinflüsse auf die Gesundheit, Umweltgerechtigkeit, Infektiologie, soziale Teilhabe und Diversität.

Andrea Rüdiger ist Stadtplanerin und Wissenschaftlerin an der Fakultät Raumplanung, Technische Universität Dortmund. Sie forscht und lehrt u. a. im Kontext des Ruhrgebiets zur gesundheitsfördernden Stadtentwicklung.

Odile Mekel ist Gesundheitswissenschaftlerin und leitet den Fachbereich Gesunde Lebenswelten am Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen, Bochum. Sie unterstützt und berät bei der gesundheitsförderlichen Kommunalentwicklung.

